Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz. **Bezirksanzeiger und Zeitung** Postscheck-Konto Dresden 2[illegible] Girokonto 14[illegible] Bank-Konto: Pulsnitzer Bank [illegible]

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Im Falle [illegible]
Betriebes der Zeitung [illegible]
Anspruch [illegible]
Bezugspreis: Monatlich M. 850.— bei freier Zustellung, durch die Post monatlich M. 850.— [illegible] monatlich M. 800.—; durch die Post monatlich M. 850.— [illegible]

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die [illegible] Zeile kostet [illegible] 8 [illegible] M. 110.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M. 100.—. [illegible] M. 450.— und M. 300.— Reklame M. 850.—. [illegible] Rabatt [illegible] Satz mit 25 % Aufschlag. — [illegible] — Familien-Anzeigen Ermäßigung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderate Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und [illegible] Zeitung in den Ortschaften [illegible] Pulsnitz, Ringenhain, M. S., Bretnig, Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Nieder-[illegible], Heinersdorf, Dittmannsdorf, Wetteldorf, Groß-Naundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. [illegible] Druck und Verlag von E. L. Forbriger's Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 23. | **Donnerstag, den 22. Februar 1923.** | 75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

Blatt 363, die Firma **Löbauer Bank, Zweigstelle Großröhrsdorf**, Zweigniederlassung der Löbauer Bank, Aktiengesellschaft in Löbau mit dem Sitze in Großröhrsdorf betreffend.

Blatt 414, die Firma **Löbauer Bank, Zweigstelle Pulsnitz** in Pulsnitz betreffend:

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 16. Dezember 1922 hat sich die Gesellschaft aufgelöst. Ihr Vermögen ist als Ganzes an die Commerz- und Privatbank, Aktiengesellschaft in Hamburg übertragen und es ist vereinbart worden, daß eine Liquidation des Vermögens der aufgelösten Gesellschaft nicht stattfinden solle.

Amtsgericht Pulsnitz, am 13. Februar 1923.

Mehl- und Brotpreise.

Infolge der bedeutenden Erhöhungen der Gesellenlöhne, der Kohlenpreise, des Backlohns und der Getreide- und Mehlrollgelder müssen die Preise für das **auf Marken** abzugebende Mehl, Brot und Weißgebäck **vom 25. Februar d. J. ab** (Brotmarken mit dem Buchstaben B 1—4) wie folgt, festgesetzt werden:

1 Pfund Brot	175 M
2 Pfund Brot	350 M
1 1000 Grammbrot	665 M
1 Pfund Roggenmehl im Kleinhandel	170 M
1 Pfund Weizenmehl im Kleinhandel	192 M
1 Semmel im Gewicht von 80 g	35 M

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 21. Februar 1923.

Die Ausgabe der neuen Brotmarken

findet **Freitag, den 23. Februar 1923 im Rathaus — 1 Treppe —** (Stadtverordnetensitzungssaal) in der Reihenfolge der neuen Ausweiskarten von 8—1 vorm. und 3—5 Uhr nachm. statt.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß die bisher bekanntgegebenen Abholungszeiten pünktlich einzuhalten sind. Die erhaltenen Marken sind sofort nach Empfang auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, **da spätere Einwendungen nicht berücksichtigt werden können.**

Haushaltungen, welche Brotmarken an diesem Tage nicht abholen und zu einer anderen Zeit erscheinen, haben je 50 M Gebühr abzuführen.

Pulsnitz, am 21. Februar 1923. **Der Stadtrat.**

Pflichtfeuerwehr.

Diejenigen Feuerwehrleute, die durch Vollendung des 30. Lebensjahres aus der Pflichtfeuerwehr ausgeschieden sind, werden ersucht, sofort die in ihrem Besitz befindlichen Binden usw. an die Ratskanzlei zurückzugeben.

Pulsnitz, am 21. Februar 1923. **Der Stadtrat.**

Stadt- und landbekannt

werden Ihre Anzeigen, wenn sie in dem Pulsnitzer Wochenblatt veröffentlicht werden

Das Wichtigste.

Am 4. März soll die sozialdemokratische Landesversammlung über die Regierungsbildung in Sachsen entscheiden.

Der Reichstag erledigte am Mittwoch einige Titel des Haushalts des Ministeriums des Innern, wobei der Direktor des Reichsgesundheitsamtes sich über den Abstieg der deutschen Volksgesundheit verbreitete.

Der Rechtsausschuß des Reichstages hat bei Beratung des Notgesetzes die Strafbestimmungen für Wucher noch weiter verschärft.

Die Reichsregierung hat an die Alliierten eine Note gerichtet, in der sie gegen die Massenausweisungen im besetzten Gebiet schärfste Verwahrung einlegt.

Die deutsche Regierung hat eine Protestnote in Paris überreichen lassen wegen der Gelsenkirchener Strafexpedition, die als eine schwere Verletzung des Völkerrechtes bezeichnet wird.

Der französische Terror in Gelsenkirchen hält unvermindert an. Sämtliche Geschäfte haben ihre Verkaufstätigkeit eingestellt.

Die gesamte Essener Schupo, etwa 1000 Mann, sind infolge der Grußverweigerung der französischen Offiziere entwaffnet worden.

Der Zipfel des englischen Gebietes, der über die Strecke Reuß—Düren geht, ist an die Franzosen abgetreten worden.

Lloyd George äußerte im englischen Unterhaus, daß die Reparationsansprüche gerechtfertigt seien, aber wenn die französische Aktion versage, seien auch die Reparationen verloren.

Poincaree hat am Montag nachmittag in einer dreieinhalbstündigen Dauerrede dem Kammerausschuß Bericht über die Lage im Ruhrgebiet erstattet. Der Eindruck in Pariser politischen Kreisen ist, daß die Angaben Poincarees den vollen Mißerfolg der Ruhraktion bestätigen.

Der Chef der englischen Militärmission in Polen, General Kartun, ist anscheinend von Litauern gefangen genommen worden.

Die Uebergabe Memels an die Litauer hat stattgefunden.

Poincarés „Pfänder".

Am 19. Februar hat Poincaré vor dem Kammerausschuß zugeben müssen, daß seine ruchlose und rechtswidrige Pfänderpolitik Schiffbruch gelitten habe. Dies Zugeständnis hat eine Vorgeschichte. Zunächst hat Poincaré sich geweigert, dem Kammerausschuß Rede und Antwort zu stehen. Wozu auch? In der Republik Frankreich haben Parlament und Ausschüsse nichts zu sagen. Poincaré ist nicht der Beauftragte einer Kammermehrheit, auch nicht des nationalen Blocks, sondern nur das Werkzeug der Schwerindustriellen und Finanzkapitalisten. Diese sind die Regenten Frankreichs, von denen auch die Kammer abhängig ist, weil jene schließlich die Wahlen bezahlen und machen. Es gibt in Frankreich kein organisiertes Parteiwesen wie etwa in Deutschland. Wenn die Wahlen nahen, werden die dazu geeigneten Bewerber von Ausschüssen bestimmt, die ihre Weisungen aus den Geheimkontoren der Finanzkapitalisten empfangen. Solange der jeweilige Ministerpräsident den eigentlichen Regenten Frankreichs wohlgefällig ist, kann er auf die Kammer pfeifen. Auch Poincaré pfiff, zumal die Dinge noch in Fluß waren, der Einbruch noch kein Ergebnis gezeitigt hatte. Mit Recht wurde dies Kneifen und Pfeifen von der internationalen Presse gedeutet, daß Poincaré nicht den Mut finde, den Zusammenbruch seiner Raubpolitik einzugestehen. Poincaré machte einen Hackenschlag. Er ließ erklären, daß er nun doch vor dem Kammerausschuß erscheinen werde, weil die deutsche Presse sein Schweigen falsch auslege. In Wahrheit erhielt Poincaré einen Stupser von den Finanzkapitalisten, irgend etwas Erbauliches über das Ruhrabenteuer zu sagen, damit nicht Inland und Ausland unruhig würden und der Frankenkurs noch weiter sinke. Ohne weiteres war und ist also vorauszusetzen, daß Poincaré die bisherigen Ergebnisse im bengalischen Lichte erstrahlen lassen würde. Zu sagen, daß er sich verrechnet habe, daß der ganze Aufwand nutzlos vertan sei, würde ihm den Hals als Politiker und Ministerpräsident kosten. Ins Blaue hinein schwindeln, wozu Anlage und Neigung ihn befähigen, konnte er auch nicht, denn jede seiner tatsächlichen Angaben wäre von deutscher amtlicher Seite sofort nachzuprüfen gewesen.

Was hat Poincaré zu sagen? Zunächst behauptet er wieder, daß es sich nicht um eine Ausnutzung, sondern um die Ueberwachung des Ruhrgebietes handle. Auch zu dieser Ueberwachung hat Frankreich auf Grund des Versailler Vertrages kein Recht. Es bleibt also beim Rechts- und Vertragsbruch. Inzwischen ist General Degoutte, der „glorreiche" Oberbefehlshaber, seinem Herrn und Meister über das Lügenmaul gefahren. Denn in Düsseldorf bramarbasierte der „Oberbefehlshaber" damit, daß Frankreich, wenn es sein müsse, tausend Jahre im Ruhrgebiet bleiben würde, wenn nicht die deutsche Regierung wehmütig zu Kreuze kriege. Dem „Oberbefehlshaber" über uniformierte Apachen und Straßenräuber sei bemerkt, daß Frankreich es nicht mit der deutschen Regierung, sondern mit dem deutschen Volke zu tun hat. Das deutsche Volk ist es müde, sich von den Barbaren im Westen weiter bedrohen und schurigeln zu lassen. Will Frankreich eine Verständigung, so ist diese möglich nur unter der Voraussetzung einer völligen geistigen und seelischen Wandlung. Poincaré droht heute ja schon wieder damit, daß Deutschland auch die Einbruchskosten im Ruhrgebiet zu zahlen habe. Darüber hat Frankreich nicht zu bestimmen. Es wird nicht tausend Jahre, nicht hundert Jahre, nicht einmal fünf Jahre im Ruhrgebiet bleiben. Tatsache ist, daß die finanzielle Rückwirkung des Abenteuers von Frankreich schon schwer empfunden wird. Es geht schon über seine Leistungsfähigkeit, rund 800 000 Mann unter Waffen zu halten. Allein, weil Deutschland einen Teil dieser Kosten bezahlt, kann Frankreich sich diese Rüstung erlauben, ohne die es sonst sofort finanziell zusammenbrechen würde. Es ist immerhin ein Fortschritt der westlichen Barbaren, daß sie sich den Unterhalt von den Bestohlenen bezahlen lassen wollen. Poincaré hat weiter zugeben müssen, daß der Ertrag bisher sehr minderwertig war. Ganze 1000 Güterwagen mit Kohlen und Koks beladen, hat Frankreich in den sechs Wochen zusammengestohlen. Das sind nicht viel mehr als 10 000 Tonnen, wobei noch zu fragen ist, ob Poincaré in dieser Hinsicht nicht geschwindelt hat. Auf Grund des Versailler Vertrages hätte Frankreich inzwischen zwei Millionen Tonnen Kohlen erhalten. Das ist der Unterschied. Das ist auch das Ergebnis der Pfänderpolitik. Sie wird in Zukunft nicht ertragreicher sein. Selbst wenn es gelingen sollte, mehr Güterwagen zu stehlen, so müßte Frankreich sie mit eigenem Personal wegschaffen und wieder zurückfahren. Vor dem Einbruch verkehrten im Ruhrgebiet täglich über 1200 Züge. Poincaré behauptet, daß der Verkehr wieder auf 70 Züge täglich gebracht worden sei, wobei er jede Lokomotive, die einen leeren Güterwagen fährt, hinzurechnet. Täglich entgleisen den Franzosen einige Züge, was zur Entwicklung auch nicht beiträgt. Poincaré behauptet, Frankreich habe 10 000 Eisenbahner ins Ruhrgebiet geschickt. Und diese Meisterfahrer, die alles zu Klump fahren, sollen das geschulte, deutsche Personal von 160 000 Mann ersetzen! Poincaré mahnt zur Geduld. Sie wird ihm nichts nützen. Nur muß das deutsche Volk Geduld haben, unbeugsam und unnachgiebig bleiben, bis der französische Ruhrspuk verflogen ist. Es darf keine Vermittlung von dritter Seite geben, die Frankreich goldne Brücken für den Rückzug baut, die es nicht verpflichtet, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Stiftungsfest der freiwilligen Feuerwehr.) Am vergangenen Sonnabend fand im Saale des Hotels „Grauer Wolf" in einfachster, dem Ernst der Zeit entsprechender Weise die Feier des 56. Stiftungsfestes der hiesigen freiwilligen Feuerwehr statt. Außer den Wehrangehörigen hatten sich auch zahlreiche Ehrengäste, insbesondere Mitglieder der beiden städtischen Kollegien und deren Vorsteher, eingefunden. Den Mittelpunkt des Abends bildete die Ehrung und Auszeichnung verdienstvoller Feuerwehrleute, die durch Herrn Stadtrat Beyer als Dezernent des städtischen Feuerlöschwesens erfolgte. Es erhielten für 30jährige ununterbrochene treue Dienstzeit der stellvertr. Hauptmann Emil Weber, der Gerätemeister Wilhelm Richter und der Sektionsführer Alfred Gude je ein wertvolles städtisches Ehrengeschenk, ferner für 25jährige Dienstzeit das Ehrenzeichen des Landesausschusses Sächs. Feuerwehren der Sanitätszugführer Richard Frenzel, Obersignalist Oskar Voigt, Sektionsführer Bruno Richter, die Wehrmänner Bruno Garten, Otto Hänsel, Franz Arndt und Emil Müller, und für 20jährige Dienstzeit je ein Diplom des Landesausschusses Sächs. Feuerwehren der stellvertr. Obersignalist Hermann Stephan, Signalist Emil Damm, die Sektionsführer Oskar Kemnitz und Kurt Karte. In seiner sehr beifällig aufgenommenen Ansprache betonte Herr Stadtrat Beyer, daß in einer Zeit, wo der Materialismus und Egoismus leider auch in unserem eigenen Volke wahre Triumphe feiere, die uneigennützige Tätigkeit und Opferwilligkeit unserer freiwilligen Feuerwehr besonders hoch anerkannt werden müsse. Dafür gebühre allen Wehrleuten der Dank der Stadt, insbesondere den älteren ergrauten Kameraden, allen voran dem wertgeschätzten Branddirektor, Herrn Reinhold Gude, welchem als Mitbegründer der Wehr mit 56 Dienstjahren vollste Anerkennung und Dank im Namen der städtischen Kollegien ausgesprochen wird. Dem Steigerzugsführer Herrn Oswald Seipke wurden die Zinsen der Oskar Lehmann-Stiftung überreicht. Namens der Ausgezeichneten dankte der stellvertretende Hauptmann Herr Emil Weber für die überreichten Ehrengeschenke usw., während Herr Hauptmann Paul Müller den Dank der Wehr an die Stadtverwaltung für die ihr jederzeit zu Teil gewordene Unterstützung aussprach. Für 10jährige Dienstzeit erhielten die erste Litze Zugführer Karl Zippel, Wehrleute Heinke, Oswald, Rietschel und Schuster. Ein gemütliches Tänzchen beschloß den Abend. -d.

— (Rentenangelegenheit.) Die für den Monat März fälligen Heeresrenten werden bereits am 26. Februar beim Postamt gezahlt. Jeder Rentenempfänger hat außer der Quittung für den Märzbetrag eine Jahresbescheinigung mitzubringen, die die Zeit vom 1. April 1922 bis Ende März 1923 zu umfassen hat. Die Unterschrift auf dieser Jahres-